Die Präsenz bringt nichts

Afghanistan vor den Präsidentschaftswahlen: *Der Islamwissenschaftler Tilman Lüdke plädiert für einen Abzug aller ausländischen Truppen aus dem Land. Ein Interview*

Am 28. September sind in Afghanistan Präsidentschaftswahlen. Auch in jüngster Zeit gab es wiederholt Selbstmordanschläge und Attentate – auch auf das Regierungsgebäude. Die Feindseligkeit zwischen Taliban und Regierung besteht unverändert. Aktuell sind rund 14.000 US-Soldaten und etwa 1000 deutsche Soldatinnen und Soldaten dort stationiert. Die UNO-Mission zur Friedenssicherung in Afghanistan wurde gerade erneut verlängert. Barbara Breitsprecher sprach mit dem Islamwissenschaftler und Historiker Dr. Tilman Lüdke vom Arnold-Bergstraesser-Institut (ABI) an der Universität Freiburg über die Situation in Afghanistan und die anstehende Wahl. Er glaubt nicht, dass in absehbarer Zeit eine Person gefunden wird, die das Land einigen und eine funktionierende Regierung zusammenstellen kann und befürwortet den kompletten Abzug der ausländischen Truppen.

Foto: Köhler/stock.adobe.com

ZaS: Haben die Anschläge in Afghanistan nach dem Abbruch der Verhandlungen zwischen den USA und den Taliban zugenommen?

Tilman Lüdke: Das mag schon eine Verbindung haben, aber ich glaube nicht, dass das pauschal zusammenhängt. Die Taliban wollen wieder die Macht im Land übernehmen und so wie es aussieht, wird ihnen das auch gelingen. Anschläge und Selbstmordattentate hat es in der Vergangenheit reichlich gegeben. Insofern glaube ich nicht, dass dies nun eine besondere Intensivierung ist.

ZaS: Sie sagen, es sei wahrscheinlich , dass die Taliban die Macht übernehmen werden und plädieren gleichzeitig für einen Abzug aller ausländischen Truppen. Ist das nicht ein Widerspruch?

Lüdke: Afghanistan ist ja ein relativ junger Staat, aus dem 18. Jahrhundert. Jeder Versuch seitdem, Afghanistan von außen kontrollieren und befrieden zu wollen, ist in Bausch und Bogen gescheitert. Das Engagement der USA in Afghanistan ist mittlerweile länger als in Vietnam. Ich bin für den Truppenabzug, weil die Präsenz der Truppen eigentlich nichts bringt.

ZaS: Aber wurde durch die internationale Präsenz nicht auch beispielsweise die fortschreitende Unterdrückung der Frauen verhindert und die Bildungsmöglichkeiten für alle gefördert?

Lüdke: Die Emanzipation der Frauen, und die Verbesserung des Bildungswesens, das hat es in Afghanistan nach dem Zweiten Weltkrieg schon gegeben. Aber 1973, als die erste Revolution die Monarchie stürzte, und Ende 1978, als sich die ersten kommunistischen Regierungen bildeten, formierte sich eine vehemente Gegenreaktion auf islamischer oder islamistischer Basis. Natürlich haben die ausländischen Truppen versucht, Afghanistan zu einem „modernen“ Staat zu machen, allerdings sind sie darin gescheitert.

ZaS: Kann es sein, dass durch die Präsenz der ausländischen Truppen die Taliban sogar noch gestärkt wurden?

Dr. Tilman Lüdke

Lüdke: Das ist eine sehr gute und sehr schwer zu beantwortende Frage, weil dies weit über den afghanischen Rahmen hinausgeht. Ab wann werden ausländische Truppen in einem Land, die eigentlich Gutes bewirken wollen, als Besatzung wahrgenommen? Die Taliban genießen Unterstützung innerhalb der Bevölkerung und es kann sein, dass es eine Gegenbewegung gegen eine ausländische Besatzung ist. Es kann aber auch sein, dass trotz ausländischer Truppen im Land dieses islamistische und sehr traditionalistische System existent ist.

ZaS: Wenn es tatsächlich dazu käme, dass die Taliban wieder die Macht übernehmen,was würde das für das Ausland bedeuten?

Lüdke: Zunächst einmal relativ wenig. Es gibt natürlich ausländische Mächte, die Interessen in Afghanistan haben, das sind insbesondere die Anrainerstaaten. Und es hat auch mal die Andeutungen gegeben, Afghanistan sei reich an Bodenschätzen, was natürlich zu Begehrlichkeiten geführt hat. Aber es würde eigentlich relativ wenig Bedeutung haben, denn der einzige wirklich grenzüberschreitende Konflikt ist der mit Pakistan.

ZaS: Sehen Sie auch die Gefahr von verstärkten Terrorangriffen?

Lüdke: Ich würde die Taliban primär als innerafghanisches Problem ansehen.

ZaS: Was würde sich im Land selbst mit der Machtübernahme durch die Taliban verändern?

Lüdke: Ich kann mir vorstellen, dass zunächst wieder striktere Regeln eingeführt würden, wie in der 90er Jahren. Es ist auch die Frage, ob man wirklich eine stabile Talibanführung hätte, oder ob sie in mehrere Fraktionen zerfallen.

ZaS: Wie sehr hat es dem amtierenden Präsidenten Ghani geschadet, dass die Regierung bei den zuletzt geführten Gesprächen zwischen den USA und den Taliban nicht mit eingebunden war?

Lüdke: Das hat ihm insofern geschadet, als es zu einem massiven Ansehensverlust geführt hat. Die Regierung ist dadurch brüskiert worden, da wieder klar wurde, sie ist eine von ausländischen Gnaden. Das war natürlich in gewisser Hinsicht fatal. Ob sie sich davon erholen kann oder nicht, ist die Frage.

ZaS: Das wird wohl der 28. September zeigen…

Lüdke: Davon ist auszugehen. Das Problem ist, genau wie bei der vorherigen Regierung Karzai: die Regierung und die staatlichen Sicherheitskräfte sind ohne die ausländische Unterstützung nicht handlungsfähig. Und das macht sie in den Augen patriotisch gesinnter Afghanen von vorneherein schon mal verdächtig.

ZaS: Das heißt aber doch einmal mehr, dass die völlig fehlende Diplomatie, das fehlende Fingerspitzengefühl der US-Regierung einen Rückschlag verursacht hat, den ja keiner will?

Lüdke: Wenn man eine Regierung quasi eingesetzt hat, dann ist einem schon klar, dass man sich eigentlich nicht auf diese Regierung verlassen kann. Die USA sind sich bewusst, dass die Regierung im Land einer gewissen Legitimität entbehrt. Deshalb war eine direkte Verhandlung mit den Taliban erfolgsversprechender. Ich gebe Ihnen aber Recht, dass man die Regierung auf jeden Fall hätte miteinbeziehen müssen.

ZaS: Ist es das Eingeständnis eines Scheiterns, wenn die ausländischen Regierungen ihre Truppen in Afghanistan abziehen?

Lüdke: Ein massives Scheitern. Ich denke, das UNO-Mandat ist auch deshalb verlängert worden, weil man die eigene Machtlosigkeit nicht eingestehen wollte. Aus meiner Sicht ist die Mission aber nicht in Gefahr zu scheitern, sondern sie ist bereits gescheitert. Es ist nicht davon auszugehen, dass sich durch die weitere Präsenz der Truppen etwas verbessert.

ZaS: Wie wird die US-Regierung mit einem Wahlsieg der Taliban umgehen?

Lüdke: Sie muss diese akzeptieren. Es ist vergleichbar mit dem Iran. Die USA haben sehr schnell die Position vertreten, dass sie das islamistische System im Iran ablehnen und haben das Land mit Sanktionen belegt. Aber auch gut 40 Jahre nach der islamischen Revolution sind sie gezwungen, sich mit dieser Regierung auseinander zu setzen.

ZaS: Sind Sie der Meinung, dass es ein koloniales Gehabe ist, wenn Staaten ihre Truppen in ein Land schicken, um es zu befrieden und letztlich aber kaum etwas nachhaltig auszurichten vermögen?

Lüdke: Im Prinzip ja. Es gibt jedoch auch die Fälle, in denen stabile Strukturen von Terrorgruppen oder ausländischen Mächten oder Gruppierungen destabilisiert werden. Das ist aber meines Erachtens in Afghanistan nicht der Fall. Dort könnte eine innere Stabilität und ein gewisser Frieden nur durch eine hochqualifizierte und sehr diplomatische Regierung garantiert werden. Das sehe ich im Augenblick nicht. Die Taliban sind vom Ausland, insbesondere von Pakistan, unterstützt, aber sie sind auch Teil der afghanischen Gesellschaft. In Afghanistan gibt es seit 40 Jahren keine Stabilität. Dort vom Ausland her Frieden und Ruhe zu schaffen, ist meiner Ansicht nach völlig illusorisch.

Interview: Barbara Breitsprecher